

Initiative gefährdet Qualität der Grundversorgung

Die Volksinitiative «Pro Service public» hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Grundversorgungsunternehmen. Das zeigt eine Studie des Zürcher Beratungsunternehmens Swiss Economics.

Die Volksinitiative «Pro Service public», über die das Schweizer Volk am 5. Juni 2016 abstimmen wird, will die Grundversorgung in der Schweiz stärken und der Bevölkerung Dienstleistungen hoher Qualität zu tiefen Preisen zur Verfügung zu stellen. In einer Studie, die der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) in Auftrag gegeben haben, wurden die Auswirkungen der Initiative auf die betroffenen Unternehmen der Grundversorgung und auf die Gesamtwirtschaft untersucht. Fazit: Die Volksinitiative würde das Gegenteil dessen bewirken, was sie beabsichtigt. Qualität und Umfang bestehender Grundversorgungsleistungen würden abnehmen, da weniger investiert würde. Gleichzeitig würden die Kosten und damit auch die Preise der Dienstleistungen steigen, und die betroffenen Unternehmen würden ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Gemeint ist die Grundversorgung

Die Initiative «Pro Service public» wurde von den Konsumentenzeitschriften «K-Tipp», «Saldo», «Bon à Savoir» und «Spendere Meglio» lanciert. Motivation für die Initianten ist die angeblich herrschende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Grundversorgungsleistungen, im Speziellen mit der Post, der SBB und der Swisscom. Die Initianten verwenden im Titel der Initia-

tive den Begriff des Service public und im Initiativtext ausschliesslich den Begriff «Grundversorgung des Bundes». In Anlehnung an die Bundesverfassung wären somit gegenwärtig Post und Telekommunikation, öffentlicher Verkehr, Nationalstrassen, Radio und Fernsehen sowie die medizinische Grundversorgung, soweit der Bund zuständig ist, betroffen. Die Autoren der Studie untersuchten vor allem die drei Bereiche Bahn, Post und Telekommunikation bzw. Post, SBB und Swisscom.

«Einen Schritt zurück»

Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass sich die Rolle des Staates bezüglich der Erbringung der Grundversorgung in den vergangenen Jahren vom Erbringer zum Gewährleister gewandelt hat. Der Staat erbringt viele Leistungen nicht mehr selbst, sondern beauftragt dafür Unternehmen. Dies erlaube einen partiellen Einbezug der Marktkräfte. Die aktuellen Rahmenbedingungen ermöglichten es den Grundversorgungsunternehmen, sich den veränderten Kundenbedürfnissen entlang weiterzuentwickeln. Die Autoren der Studie attestieren der Grundversorgung eine hohe Dienstleistungsqualität bei tiefen Preisen. Durch den Paradigmenwechsel hätten die Bundesunternehmen bei der Erbringung der Grundversorgung die nötigen Freiheiten erhalten, um sich den Herausforderungen best-

Was die Initianten wollen

Die Initiative «Pro Service public» hat sechs zentrale Anliegen, welche die Grundversorgung des Bundes betreffen:

1. Kein Gewinnstreben: Gewinnstreben als Verhaltensmaxime ist verboten, und Gewinne dürfen nur zufällig anfallen.
2. Keine Querfinanzierungen: Die Verwendung von Mitteln aus Grundversorgungsbereichen des Bundes in anderen Unternehmens- oder Verwaltungsbereichen ist verboten.
3. Keine Dividenden: Gewinnausschüttungen sind verboten.
4. Keine Steuern: Steuern sind verboten.
5. Lohnanpassungen: Die Lohnstrukturen der betroffenen Unternehmen müssen an diejenige der Bundesverwaltung angepasst sein, sodass deren Löhne die Löhne der Bundesverwaltung nicht überschreiten.
6. Abgrenzung der Grundversorgung: Die Grundversorgung muss auf Gesetzesstufe definiert werden. Die Kosten und Erlöse aus Grundversorgungsbereichen des Bundes müssen von anderen Bereichen getrennt sein. sts



Sehr guter Service public: Gemessen an den geleisteten Zug- und Buskilometern hat das Angebot des SBB Personenverkehrs von 1994 bis 2014 um

möglich zu stellen. Sie hätten sich laufend weiterentwickelt und verfügten heute über vielfältige Angebotspaletten. «Die Initiative stellt im erläuterten Paradigmenwechsel einen Schritt zurück dar, indem Elemente wie Gewinnstreben und Lohnpolitik auf die Zeit zurückgesetzt werden, als beispielsweise die PTT noch ein Teil der Bundesverwaltung war.» Der Schritt zurück sei jedoch nicht vollständig: Die geöffneten Märkte würden nicht wieder monopolisiert, und die Swisscom würde auch nicht wieder verstaatlicht. Neu müsste hingegen die Grundversorgung bereits auf Gesetzesstufe im Einzelnen definiert werden, was nur sporadische und stark verzögerte Weiterentwicklungen erlauben würde. Die Studie zeigt, dass das Anliegen «Kein Gewinnstreben» von den betroffenen Unternehmen eine neue Handlungsmaxime erfordert. Die Unternehmen können statt des Gewinns ihren Umsatz bzw. ihr Budget maximieren oder ihre Kosten minimieren. Wird der Umsatz maximiert, bestehen geringe Anreize zu Effizienzsteigerungen durch Kostenreduktion, und die Qualität der Grundversorgung sinkt. Werden die Kosten minimiert, bestehen geringe Anreize, die Qualität bzw. den Umfang der Grundversorgung weiterzuentwickeln. «In beiden möglichen Verhaltensmaximen besteht die Gefahr einer Bürokratisierung der betroffenen Unternehmen, verbunden mit ineffizienter Produktion und hohen Kosten», schreiben die Autoren. Dadurch werde die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen beeinträchtigt und der Abgeltungsbedarf für Leistungen der Grundversorgung steige. Gewinne würden kurzfristig zu Preissenkungen führen, denn etwaige Gewinne sollen über eine Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses abgebaut werden. Ohne Gewinn, so die Au-

Die Initiative würde das Gegenteil dessen bewirken, was sie beabsichtigt.

toren der Studie, würde aber auch der Unternehmenswert der Unternehmen beeinträchtigt. Dies mit der Folge, dass sich private Investoren zurückziehen würden und es für die Unternehmen schwieriger würde, Kapital zu erhalten. Die private Erbringung von Grundversorgungsleistungen werde grundsätzlich in Frage gestellt.

Bürokratisierung und Schwächung

Die Autoren der Studie sind überzeugt, dass die Initiative neben den unternehmerischen Auswirkungen generell eine Bürokratisierung der Unternehmen, tiefere Einnahmen der öffentlichen Hand und eine Schwächung der Grundversorgung zur Folge hat.

Durch die beiden Anliegen «Keine Dividenden» und «Keine Steuern» würden wesentliche Quellen zur Finanzierung staatlicher Tätigkeit versiegen. Die Initiative verbietet den betroffenen Unternehmen das Gewinnstreben als Handlungsmaxime im Bereich der Grundversorgung des Bundes. Das hätte erhebliche direkte und indirekte negative Folgen für den Finanzhaushalt der öffentlichen Hand. Gemäss Studie belaufen sich die direkten jährlichen Mindereinnahmen der öffentlichen Hand auf ca. 850 Millionen Franken. Die Initiative hätte eine deutliche Lücke in der Staatskasse zur Folge und der Staat müsste entweder mit einem Leistungsabbau oder Steuererhöhungen reagieren.

Aufgrund der Forderung «Lohnanpassungen» müssten die Kaderlöhne nach unten korrigiert werden. Dies hätte Kostensenkungen und tiefere Lohnsummen in den drei direkt betroffenen Bundesunternehmen zur Folge. Allerdings wären die Kosteneinsparungen gemessen an der Lohnsumme gering (2% bei der Post, 2,5% bei der Swisscom und 1,5% bei den SBB). Als Nachteil der Lohnanpassun-

gen würden die betroffenen Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt weniger kompetitiv und es würde schwieriger, qualifizierte und motivierte Mitarbeitende einzustellen bzw. zu halten, heisst es in der Studie.

Folgen für den sozialen Zusammenhalt

Die Autoren haben sich auch mit der Frage auseinander gesetzt, welchen Einfluss ein hoher Standard der Grundversorgung für den sozialen Zusammenhalt des Landes hat. Sie sind überzeugt, dass die Initiative zu einem Investitionsrückgang in den Bereichen der Grundversorgung des Bundes führt. Der darauf folgende Leistungsabbau würde voraussichtlich zuerst die kostenintensivsten Bereiche treffen. So könne es beispielsweise zu einer Ausdünnung des Poststellennetzes kommen. Betroffen wären als erstes Zugangspunkte in dünner besiedelten Gebieten, was die Rolle der postalischen Zugangspunkte in der Förderung des inneren Zusammenhaltes einschränken würde, da sie diese Funktion gerade in ländlichen, wenig besiedelten Gebieten entfalten. Auch im Bahnsektor würde der Abbau die Qualität auf Bahnstrecken betreffen, die wenig genutzt werden. Das sei, so die Autoren der Studie, negativ für den inneren Zusammenhalt, weil Bewohner von abgelegenen Regionen noch stärker von anderen Regionen abgeschnitten würden.

Die Autoren kommen zum Schluss, dass die betroffenen Unternehmen durch die Volksinitiative ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen würden: «Gerade diese ist heute zentral und hauptverantwortlich für die Erfolgsgeschichte der Grundversorgung in der Schweiz.»

Steff Schneider

Download Studie:

www.tinyurl.com/studie-service-public



fast 60 Prozent zugenommen.

Bild: SBB AG